

...zur Bebauung des Landschaftsschutzgebietes Diekmoor

Der Vorstand des Bürger- und Heimatvereins macht sich stark für ein grünes Langenhorn.

Seit Mitte Februar ist es das Hauptthema in Langenhorn: Mitten in unserem „Dorf“, in dem Landschaftsschutzgebiet Diekmoor, sollen auf einer 16 ha großen Fläche 700 Wohnungen für 2.500 Menschen entstehen. Entschieden hat das der Bezirk Hamburg-Nord, der gleich auf Nummer sicher gehen wollte und einem möglichen Bürgerbegehren den Riegel vorschob: Der grüne Bezirks-amtsleiter Werner-Boelz bat den Hamburger Senat um eine entsprechende Weisung, die ein Bürgerbegehren zur Rettung des Diekmoors bereits im Vorfeld verhindert und damit faktisch Bürgerrechte aushebelt. Der Langenhorner Bürger- und Heimatverein hatte schon vor Jahren deutlich gemacht, dass dieses Schutzgebiet für den Wohnungsbau tabu bleiben muss. Nach dem Vorpreschen des Bezirksamtsleiters beleuchten mehrere Autoren der „Langenhorner Rundschau“ ausführlich dieses Them. Wir veröffentlichen die Texte hier ebenfalls.

Der Vorstand des Bürger- und Heimatvereins wird sich für den Erhalt des Areals als Landschaftsschutzgebiet und als grüne Ausgleichsfläche für die inzwischen stark verdichtete Bebauung in Hamburg einsetzen.

Eine Bebauung dieses Landschaftsschutzgebietes wäre ein unwiederbringlicher Verlust. Die Trockenlegung des Moores, Versiegelung von Flächen, Absenkung des Grundwasserspiegels, Vertreibung von Wildtieren wie z.B. Erdbienen, Hummeln, Bussarde, Eisvogel, Spring- und Laubfrösche, Füchse und Rehe, kann nicht die Lösung für die Wohnungsnot in Hamburg sein und würde nur zu weiteren Problemen führen. Seitens des Bezirksamtes Nord gilt das Diekmoor als letzte potenzielle Fläche für einen Wohnungsbau in dieser Größenordnung. Doch warum wurden nicht schon in den vergangenen Jahren Lösungen für die Zukunft und zum Wohle des Naturschutzes und der Lebensqualität in Hamburg erarbeitet? Ideen und Vorschläge seitens der Bürgerinnen und Bürger gab und gibt es viele: Durchmischung von Gewerbeflächen mit Wohnungsbau, Umwidmung von leerstehenden Bürogebäuden, Verlängerung der sozialen Wohnungsbindung, konsequente Meldung von leerstehenden Mietshäusern, Nutzung des Vorkaufsrechts der Stadt bei Grundstücken, Häusern und Wohnungen – um nur einige der populärsten Forderungen zu benennen.

Es gibt eine Vielzahl von Lösungen. Die Bebauung des Landschaftsschutzgebietes Diekmoor mit seiner schützenswerten Flora und Fauna gehört nicht dazu!

Die Bürgerinitiative „Rettet das Diekmoor!“ findet unsere Unterstützung! Ausführliche Informationen über die Initiative gibt es unter www.rettet-das-diekmoor.de

Die politische Dimension des Diekmoors

Keine Frage – Hamburg braucht Wohnraum. Trotzdem muss man sich fragen, ob die Schaffung von Wohnraum über dem Erhalt der Natur stehen darf und ob zur Durchsetzung der politisch gewollten und durchaus richtigen Agenda von jährlich 10.000 neuen Wohnungen jede Fläche und jedes Mittel recht sein darf.

Jedes Mittel war in dem Fall nämlich ein Ersuchen des Bezirksamtsleiters Michael Werner-Boelz (Grüne) an den Senat, ihm eine Weisung zu erteilen, Wohnbebauung in besagtem Landschaftsschutzgebiet zu planen.

Wo war eigentlich im Vorfeld zu dieser Bitte die zur Zurückhaltung ratende Stimme des kürzlich ins Amt gehobenen Regionalbeauftragten Landbeck (SPD) aus Langenhorn, der vermutlich selbst oft in der seit 1929 bestehenden Kleingartenanlage Diekmoor spazieren geht? Und wo war die zur Zurückhaltung mahnende Stimme der zweiten Bürgermeisterin Fegebank (Grüne), die immerhin mit den Stimmen aus genau diesem nördlichen Wahlkreis in die Bürgerschaft gewählt und anschließend als Senatorin vereidigt wurde?

Sicher, in der Stadt gibt es fast keinen Bebauungsplan, der nicht auf Widerstand der unmittelbar betroffenen Anwohner trifft. Die Möglichkeiten von Bürger- und Volksbegehren darf man als politisch Verantwortlicher durchaus als ätzend empfinden, aber man darf sie schlichtweg nicht durch eine erbetene Weisung des Senats unterlaufen. Das ist einfach schlechter politischer Stil. Auseinandersetzungen mit den berechtigten Interessen der Anwohner und Betroffenen gehören zu unserem demokratischen Verständnis und sind die Grundlage unseres Zusammenlebens. Das gravierend Schlimmere jedoch, als ein grünes Abducken vor demokratischen Auseinandersetzungen an der Basis, ist allerdings die tatsächlich erfolgte Anweisung eines Rot-Grünen Senats. Statt dass die zuständige Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD) und die weiteren mehrheitlich SPD-Senatsmitglieder das Begehren sofort ablehnten, die schlitzohrig ausgelegte grüne Falle witterten und ihrerseits auf demokratische Strukturen verwiesen, machten sie sich zum Fürsprecher solch undemokratischen grünen Gebarens. Mehr noch, sie adelten es mit ihrer Weisung.

Wo war eigentlich im Vorfeld dieser Entscheidung die beratende Stimme aus der Präsidialabteilung der Stapelfeldt'schen Stadtentwicklungsbehörde, dessen Leiter ein Ur-Langenhornier ist und der früher als SPD-Bundestagsabgeordneter unseren Wahlkreis in Berlin vertreten durfte? Hat er die Brisanz nicht erkannt? Er kennt die Ecke, in der Loki Schmidt für den Erhalt der Natur und des Diekmoor kämpfte, gut genug und von einem Ur-Langenhornier hätte ich an der Stelle ein klares Bekenntnis zu Langenhornier Interessen erwartet.

In einer politisch ohnehin angespannten Situation, in der die Großparteien immer mehr an Zustimmung verlieren, ausgerechnet im Wahljahr 2021, wendet sich der Senat ohne erkennbare Not von sozialen und demokratischen Grundwerten ab. Das darf man getrost als politisches Harakiri betrachten. Sozial ist nämlich nicht nur die Schaffung von Wohnraum, sondern sozial ist auch die Erhaltung von Grünflächen zur Erholung. Sozial ist auch die Erhaltung von Landschaftsschutzgebieten, von einzigartiger Fauna und Flora für zukünftige Generationen.

Anstatt die schwierigeren Themen anzupacken, wie man denn im Bestand mehr Wohnungen schaffen, wie man Baulücken füllen, Aufstockungen ermöglichen und befördern, unnütze Bürobauten zu Wohnraum umfunktionieren kann – schlichtweg wie man Potenziale ohne Zerstörung der Natur heben kann, sehen die politisch Verantwortlichen mit Scheuklappen vor den Augen nur die Zielmarke von 10.000 neuen Wohnungen und setzen sich unüberlegt über Landschaftsschutz, über demokratische Hürden und das Demokratieverständnis der Langenhornier und Hamburger hinweg.

Das Diekmoor ist daher mehr als nur eine Fläche zum Bebauen, es ist politischer Sprengstoff für die politisch Verantwortlichen und dürfte zukünftige Wahlergebnisse, mehr als den Verantwortlichen lieb sein mag, beeinflussen.

Ich bin sicher, Langenhorn wird sich als kleines gallisches Dörfchen zeigen und den politisch Verantwortlichen den gebotenen Widerstand entgegensetzen, gemeinsam und geschlossen für den Erhalt der Natur und unserer Heimat kämpfen.

Grün ist auch nur noch eine Farbe

Früher wählte man die Grünen, weil sie für Naturschutz, Frieden und Bürgerbeteiligung standen. Frieden ist seit der Beteiligung an der Schröder-Regierung etwas kleiner im Programm gedruckt. Für manchen war die Partei damit nur noch auf Landesebene wählbar. Das schicken die Grünen jetzt auf den Prüfstand. □

Langenhorn belegt beim Bauen in den letzten Jahren einen der Spitzenplätze. Nicht weil man sich müht, die Infrastruktur zu verbessern, das kulturelle Leben zu fördern, nötige Verkehrsmittel bereit zu stellen. Nein, weil man hier ständig Gebiete „identifiziert“, die man prima „nachverdichten“ kann. Da tönen alle, von der CDU über die SPD bis zu den Grünen, etwas von der „wachsenden Stadt“, meinen aber Steuereinnahmen.

Nie fehlt das tränenreich vorgetragene Argument, dass auch andere Menschen „schön“ und im Grünen wohnen möchten und ob man, als so privilegierter Langenhorner, dies den anderen Menschen nicht gönnt? Dabei ist es sehr fraglich, dass alle neu-zugezogenen in Langenhorn wohnen wollten.

Wussten sie vorher von den Privilegien des Fluglärms und den Emissionen in der Nähe der Einflugschneise? Wussten sie um die Angebote? Es gibt im fünftgrößten Stadtteil (von 104) kein Schuhgeschäft, kein Kino, kein Theater, keinen Herrenausstatter, keinen Juwelier... (setzen Sie diese Liste selber fort). Das Nahversorgungszentrum Langenhorner Markt (einst das zweite Einkaufszentrum der Republik) heißt jetzt living-(dead)-plaza und glänzt durch Leerstand. Das seit 1957 von der Stadt versprochene Bürgerhaus wird es auch in absehbarer Zeit nicht geben, diesmal wegen Corona. Die Fahrradwege an der Langenhorner sollen bis zum Braunkohleausstieg 2038 fertig sein. Und heute sieht man auch schon in der Tangstedter, das Radfahren bald nur noch unter Parcoursbedingungen möglich sein wird.

Und es wird immer gruseliger. Nachdem ein rot-grüner Senat, erstmals seit Schumacher, beschloss, eine der Frischluftschneisen zu bebauen, gibt es nun kein Halten mehr. Alles muss betoniert werden. Ob Ohlsdorfer Freibad oder Friedhof, am Kiwittdmoor und jetzt im Diekmoor, überall „identifiziert“ man möglichen Wohnraum. Dann setzt der Reflex ein: Betonieren.

Eine neue Schlafstadt schaffen. Damit der Verkehrsinfarkt weiter befeuert wird. Damit wir weniger Biodiversität haben. Damit es in den Städten noch heißer wird.

Aber man kann eine Million Argumente gegen diese Vorhaben vorbringen, dann springt der Rethorikwortbaukasten an und heraus fällt: „Identifizieren Sie doch bebaubare Flächen, die der Stadt gehören.“

In dieser dreisten Phrase stecken drei Denkfehler:

1. Die meisten Bürger sehen in einer wachsenden Stadt viele Nachteile.
2. Es ist nicht die Aufgabe der Bürger, die eine Bebauung ablehnen, bebaubare Flächen zu suchen.

3. Wenn die Stadt zu viele Areale, die in ihrem Besitz waren, verkauft hat, soll sie sie zurückkaufen. Im Umfang ihres Flächenverbrauchs.

Und es steckt in dem Wort Flächenverbrauch drin, dass die Fläche dann verbraucht ist. Die kommt nicht wieder. Anstatt nun ein Landschaftsschutzgebiet zu downcyclen für total-ökologisch-shanty-modell-der-zukunft Bauen, sollte man lieber versiegelte aber ungenutzte Flächen in ökologische Zukunftsmodelle umgestalten. Räumt doch endlich dieses anachronistische Auslaufmodell innerstädtischer Flughafen ab. Da könnte man zwei super-ökologische Stadtteile bauen. Das wäre mal innovativ. Ach ne, ist ja einer der beiden Hauptgeldgeber der Stadt.

Eine der vielen guten Ideen, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, ist es, bestehende, ungenutzte Dachböden zu isolieren. Kein weiterer Flächenverbrauch und zusätzlich weniger Heizkosten und geringere Emissionen der darunter liegenden Wohnungen. Weshalb kommt immer nur die Lösung in Betracht, neue Flächen zu versiegeln?

Wie lange soll die ehemalige Europcar Europazentrale in der Tangstedter leerstehen? Dahinter ist noch ein verlassenes Gebäude und riesige Parkplatzflächen. Das ganze ist direkt am Bahnhof, mit Einkaufsmöglichkeiten, Ärztehaus und Naherholungsgebiet.

Aber vorher sollte man noch einmal darauf hinweisen, dass Langenhorn nicht Verfügungsfläche für städtebauliches Plansoll ist. Schon gar nicht, wenn wir dafür immer nur ein NEIN bei jedem unserer Vorschläge hingeknallt bekommen.

In Langenhorn wird großzügig nach-verdichtet, aber die Infrastruktur und die Angebote für Kinder und Jugendliche und die kulturellen Angebote wachsen nicht mit - seit Jahrzehnten! Die Langenhorner haben sehr lange die Füße still gehalten, das dürfte sich jetzt ändern. Das Diekmoor ist nicht nur eine Kleingartenanlage, es ist Naherholungsgebiet und ein beliebter Weg, wenn man nicht auf den Hauptstrassen nach Norden will.

Außerdem ist es ein unwiederbringliches Biotop. Wenn da der Stahl in den Boden getrieben wird, wird es über Jahre keine Maulwürfe mehr in der Gegend geben. Und viele andere Tierarten auch nicht. Erdbienen, Springfrösche, Bussarde, die Liste lässt sich fortführen. Da ist ein Bestand an Flora und Fauna, der wächst in den nächsten 50 Jahren auf keiner Ausgleichsfläche nach. Dafür hat sich in den letzten Wochen in Langenhorn der Begriff „Diekmoorverräter“ etabliert.

Ich möchte aber nicht dafür plädieren, in Eppendorf ein paar Altbauten abzureissen und dafür Hochhäuser zu bauen. Dieses Konzept der ‚wachsenden Stadt‘ ist schon lange gescheitert. Städte werden nicht dadurch lebenswerter, dass man möglichst viele potentielle Steuerzahler in ihnen verwahrt. Wien und Kopenhagen stehen ziemlich weit oben auf dem Index der lebenswertesten Städte. Dort würde so ein Vorhaben auf gar kein Interesse stoßen.

Auch die Mär, das Wohnungsneubau die Mieten senken würde, ist längst erkannt. Das Gegenteil ist der Fall, in Langenhorn steigen die Mieten. Das liegt unter anderem an der kurzen Mietpreisbindung des geförderten Wohnungsbaus.

Es werden mehr Wohnungen aus der Preisbindung entlassen, als nach-gebaut werden. Aber diese Bestimmungen mag in der Substanz keiner anfassen. Man möchte ja keine potentiellen Investoren verschrecken. Dabei würde man eine ausgeglichene Bilanz haben: Das Geld, das in die Förderung geht, muss nicht im sozialen Sektor aufgewendet werden.

Und es bedarf erheblicher Investitionen in Kultur, Lebensqualität, Zwischenmenschlichkeit und Soziales. Nicht in schicke Konzerthäuser, sondern dort, wo es gebraucht wird.

Stattdessen setzt ein grüner Bezirksamtsleiter die Planung für ein neues, effektives Ghetto in der Vorstadt durch - in einem Landschaftsschutzgebiet.

Möge er interessante Zeiten erleben.

Wie funktioniert „Bebauungsplan“?

Es geht hier um die Erstellung eines neuen Bebauungsplans, der es der Grundeigentümerin (Stadt) ermöglichen würde, Flächen zu bebauen, die sie bisher nicht bebauen darf.

Bebauungspläne werden normalerweise in den Bezirken erstellt unter Einbeziehung der Politikerinnen und Politiker vor Ort. Also jenen, die direkt in der Nachbarschaft wohnen und am besten beurteilen können, welche baulichen Eingriffe sinnvoll, zumutbar und geeignet sind. Menschen wie Du und ich, die nah an den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sind und die ein wichtiges Bindeglied sind zwischen jenen und der „großen Politik“, die „am grünen Tisch“ im Rathaus gemacht wird.

Es gibt jahrelange Erfahrungen mit kontroversen Bebauungsplanvorhaben und es wäre so sicher wie das Amen in der Kirche gewesen, dass ein Bebauungsplan, der Grünflächen mitten im Herzen Langenhorns zerstört, durch einen Bürgerentscheid gestoppt worden wäre. Dem wollte man hier ganz offenkundig von vornherein einen Riegel verschieben, um zügig „durchregieren“ zu können. Die GRÜNEN verraten damit ihre eigene Wählerschaft. Der Wähler hat bewusst auf Bezirksebene ein anderes Kräfteverhältnis gewählt als auf Bürgerschaftsebene. Dieser Verantwortung wird der Bezirksamtsleiter nicht gerecht. Denn ganz offenkundig ist die Weisung nicht von der Stadtentwicklungsbehörde initiiert, sondern vom Bezirksamtsleiter erbeten worden. Er mag sich damit schützend vor die Nerven seiner eigenen Behördenmitarbeiter stellen wollen - die in der Vergangenheit schon so manche unsachliche Pöbeleie ertragen mussten. Aber in erster Linie ist er doch seinen Bürgern im Bezirk gegenüber verantwortlich. Und denen erweist Michael Werner-Boelz mit diesem vorauseilendem Gehorsam einen Bärendienst. DAS ist schon ein starkes Stück.

Das Bemerkenswerte ist das Verhalten des GRÜNEN Bezirksamtsleiters Werner-Boelz. Wenn der (SPD-geführte) Senat von sich aus gekommen wäre und gesagt hätte: „Diese Fläche da, die wollen wir zubauen und wir zeigen von vornherein, wie wichtig uns das ist, indem wir zur Weisung greifen“ dann wäre dies eine klare Ansage gewesen mit klaren Verantwortlichkeiten. Aber hier ist der Bezirksamtsleiter offenbar von sich aus aktiv geworden und hat den Senat um die Weisung gebeten - ohne Not. Damit fällt er seinem eigenen Bezirk in den Rücken, indem er ihn entmündigt - statt ein engagiertes Bindeglied zwischen Bürgern und Senat zu sein, was eine seiner Kernaufgaben ist. Zufällig tut der grüne Bezirksamtsleiter das genau in jenem Stadtteil, der bei der vergangenen Bezirksversammlungswahlen unterproportional seine eigene Partei gewählt hat. Mit den Langenhornern kann man es ja machen...

Man kann sich noch gut an das geplante Bauvorhaben am Mühlenkampkanal (dort wohnen viele Wähler der GRÜNEN) erinnern - damals hat der selbe Michael Werner-Boelz das

gesamtstädtische Interesse noch verneint....

Die Texte entstanden in der Vorbereitung der diversen Sitzungen zu dem Thema. Beiträge stammen von A. Rugbarth, Th. Kegat, M. Münch und R. Eberl